



aus Wiesbaden

Nr. 10 – September 2001

*Liebe Genossinnen und Genossen,
landespolitische Probleme und die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition in Wiesbaden erscheinen zur Zeit bedeutungslos, relativiert durch die grausamen Terroranschläge in New York und Washington, die mit einem Schlag die Realität nicht nur in den USA sondern auch bei uns in Europa verändert haben. Trauer und ohnmächtiger Zorn auf die Verantwortlichen haben allerorts das politische Tagesgeschäft abgelöst. Immer stärker beschäftigt uns alle aber auch die Frage nach einer angemessenen Reaktion. Solidarität und Zusammenarbeit mit den Amerikanern zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind notwendig – aber auch die Sorge über das weitere Vorgehen der USA. Den Terrorismus wirkungsvoll bekämpfen heißt sicherlich, die Drahtzieher hinter den grausamen Anschlägen zu finden und zu bestrafen. Aber Krieg ist nicht die Antwort zur Bekämpfung und Vernichtung des internationalen Terrorismus, Krieg erzeugt neue Hassreaktionen und neue Terrorstrategien. Rache und Vergeltung an einem ganzen Land sind Verletzungen des Völkerrechts und zur Sicherung des Friedens völlig ungeeignet. Die drohenden Bomben auf Afghanistan treffen ebenso wie bei den Anschlägen auf New York unschuldige Menschen. Mögliche Terrorprävention wird dagegen nur halbherzig betrieben. Eine UN-Konvention zur Bekämpfung der Terrorfinanzierung von 1999 wurde bis heute nur von vier Staaten ratifiziert – zum Inkrafttreten ist der Beitritt von 22 Staaten notwendig. Das macht nachdenklich, meint*

*Heike Habermann
Landtagsabgeordnete*



Familienpolitik auf Sparflamme

Mehr als 100 Millionen Landesmittel erhielten die Kommunen bis 1999 pro Jahr für den Bau und den Betrieb von Kindertagesstätten zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für die Drei- bis Sechsjährigen. CDU und FDP haben diese Landesmittel komplett gestrichen. Die Kommunen dürfen Kosten und Investitionen jetzt selbst bezahlen – aus den Steuermitteln des Kommunalen Finanzausgleichs, die ihnen ohnehin zustehen. Da wirkt die Bezeichnung ‚Offensive für Kinder‘, wie sich das neue Landesprogramm zur Förderung von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige nennt, mit einer Finanzausstattung von 16 Millionen Mark Landesgeldern wie Hochstapelei. 33 anspruchsberechtigte Kreise und kreisfreie Städte als Träger der Jugendhilfe dürfen sich diese 16 Millionen im Jahr 2001 teilen. Finanziert werden sollen vor allem Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen in Einrichtungen oder bei Tagesmüttern. Auch flexiblere Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten sollen aus diesem Finanztopf bezahlt werden. Es bedarf keiner Modellrechnung, um zu verdeutlichen, dass diese Summe kaum Anreize für die Träger bietet, neue Plätze für Krabbelstubenkinder einzurichten. Die Hauptlast der Finanzierung dürfen sie

nämlich selbst übernehmen. Heute stehen für etwa 185000 Kinder im Alter bis zu drei Jahren in Hessen lediglich 2900 Betreuungsplätze zur Verfügung. Auch wenn die Tagesmutterplätze hinzugezählt werden, liegt der Versorgungsgrad bei den unter Dreijährigen höchstens bei drei Prozent. Es zeugt von einer bemerkenswerten Dreistigkeit der Landesregierung, angesichts dieser katastrophalen Versorgung ihr Sparprogramm als ‚Offensive für Kinder‘ zu bezeichnen.

Ausgekochter Populismus

Vor der letzten Landtagswahl waren es Menschen ohne deutschen Pass, gegen die Roland Koch in seiner schmutzigen Wahlkampagne mobilisierte. Jetzt sucht unser unsäglicher Ministerpräsident ein neues Thema, mit dem er Stimmung an den Stimmtischen machen kann. Schließlich hat er eine Rolle als Hoffnungsträger der CDU und muss für den nächsten Wahlkampf herausfinden, wo Wählerstimmen durch die Mobilisierung von Vorurteilen zu holen sind. Da kommen die Sozialhilfeempfänger gerade recht. Von einem Aufenthalt in Wisconsin zurückgekehrt, schoss Roland Koch einen Versuchsballon ab und war offensichtlich selbst überrascht über das breite Medienecho. Wer nicht arbeiten wolle, müsse Kürzungen der Sozialleistungen hinnehmen, so könne die Zahl der Sozialhilfeempfänger wie in Wisconsin in kürzester Zeit halbiert werden, verkündete Roland Koch der staunenden Öffentlichkeit. Schließlich kennt fast jeder einen Sozialhilfeempfänger, der angeblich zu faul zum Arbeiten ist und sich lieber ein schönes Leben auf Kosten der Steuerzahler macht. Kein Wort verlor der Ministerpräsident zunächst darüber, dass in unserem Land 2,8 Millionen Menschen Sozialleistungen erhalten, aber nur 800.000 davon arbeitsfähig sind. Von diesen trägt wiederum die Hälfte bereits heute durch eigene Arbeit zum Lebensunterhalt bei. Nichts war zu hören über fehlende Betreuungsplätze für Kinder, die Alleinerziehenden die Arbeitsaufnahme erschweren. Nichts über psychische und physische Probleme, die Menschen daran hindern, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Auch fehlende Arbeitsplätze und Qualifizierungsmaßnahmen als Ursache von Sozialhilfebezug waren für Roland Koch kein Thema. Und bei seinem Lob auf Wisconsin vergaß er außerdem zu erwähnen, dass zwei Drittel der Programmteilnehmer dort trotz einer oder mehrerer Tätigkeiten weiterhin unterhalb der Armutsgrenze leben und beispielsweise Lebensmittelmarken erhalten, um ihre Familien zu ernähren. Viele Instrumente des Wisconsin-Programms ‚Wisconsin works‘ wie beispielsweise Eingliederungspläne oder Fallmanagement werden in den Kommunen Hessens längst eingesetzt. Wir brauchen auch keine neuen Sanktionsmechanismen. Die Bestimmungen des BSHG sind völlig ausreichend. Der Ministerpräsident des Landes Hessen hat wieder einmal eine unnötige Vorurteilswave in Gang gesetzt, um seine Profilierung voranzutreiben.

Ausschuss auf Reisen

Der Sozialausschuss bereiste Wisconsin – und zwar ohne Roland Kochs Auftrag. Die Reise wurde vor einem Jahr geplant. Eine Woche lang konnten wir Informationen über Transplantationsmedizin und Biotechnologie sammeln und Details über Kochs angepriesenes Patentrezept zur Reduzierung der Sozialhilfefallzahlen erfahren. Roland Koch nahm sich dafür übrigens gerade eine Stunde Zeit. Vielleicht hat er ja eine schnellere Auffassungsgabe. Wahrscheinlicher allerdings ist, dass er einfach skrupelloser mit undifferenzierten Bewertungen ist, wenn sie ihm in den Kram passen. Ich jedenfalls habe die Erkenntnis mitgebracht, dass wir in Sachen Sozialpolitik nicht von Amerika lernen können!



Zum Schluss noch ein Veranstaltungshinweis zum Vormerken:

‚Schritte auf dem Weg zur Ganztagschule‘ ist das Thema einer Diskussion zur Bildungspolitik gemeinsam mit der AsF am **Montag, den 22.10.01 um 19.00 Uhr in der Mathildenschule**. Es wäre schön, einige von euch zu sehen!